Entwurf

Antrag zum Schwerpunktthema

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: Christine Harttmann (KV München)

Titel: **Dringlichkeitsantrag: Lützerath muss bleiben**

Antragstext

Wir vom Stadtverband München wenden uns gegen die Räumung des Dorfes Lützerath und das Abbaggern der Kohle unter dem Dorf. Wir unterstützen den offenen Brief „Grüne Grundwerte nicht verraten: Lützerath muss bleiben“ von Yannick Brugger (KV Friedrichshain Kreuzberg). Den Bundesvorstand fordern wir zudem auf, sich für ein Moratorium bezüglich der Erweiterung des Tagebaus Garweiler einzusetzen und alles in seiner Macht liegende zu tun, um das Abbaggern der Kohle unter Lützerath zu verhindern.

Begründung

Der im Herbst ausgehandelte Deal mit dem Energiekonzern RWE widerspricht den Grundwerten Grüner Politik, die immer mit der Klima- und Umweltbewegung verbunden war. Wir brechen mit der Vereinbarung das Pariser Klimaabkommen und den Koalitionsvertrag, den die Mitglieder der Partei in einer Urabstimmung angenommen haben. Außerdem verlieren wir das Vertrauen all derer aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, die unseren Versprechungen im Wahlkampf vertraut haben.[1]

Durch Lützerath verläuft nicht nur die symbolische 1,5-Grad Grenze. Es geht um zusätzliche 280 Millionen Tonnen Kohle, die im Boden bleiben oder eben nicht. Wird diese Kohle abgebaggert und verbrannt, kann Deutschland – das belegen mehrere wissenschaftliche Studien – sein 1,5 Grad Ziel nicht mehr einhalten können. [2, 4, 7]

An der Notwendigkeit, die Kohle unter Lützerath abbaggern zu müssen, gibt es substanzielle wissenschaftliche Zweifel. Mehrere wissenschaftliche Gutachten kommen zu dem Schluss, dass ein Abbau der Braunkohle unter Lützerath für eine technische Versorgungssicherheit und Netzstabilität nicht nötig ist.[3, 4, 5] Fraglich ist auch, ob nach der Verschärfung des europäischen Emissionshandels am 18. Dezember 2022 eine Kohleverstromung in den kommenden Jahrenüberhaupt noch wirtschaftlich möglich sein wird.[6]

Der von der Politik ausgehandelte RWE-Deal basiert auf zweifelhaften Gutachten, die gründlich und unabhängig geprüft werden müssen. Die zugrunde gelegten Zahlen stammen zumindest in Teilen von RWE selbst.

1) „zu achten und zu schützen – Veränderung schafft Halt“, Grünes Grundsatzprogramm (2020).

2) Kein Grad weiter - Anpassung der Tagebauplanung im Rheinischen Braunkohlerevier zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze (2021).

3) Nicolas Leicht & Philipp Hesel 2022.

4) Philipp Herpich, … Pao-Yu Oei. 2022

5) Philipp Herpich, Catharina Rieve, Pao-Yu Oei, Claudia Kemfert 2022

6) Europäische Kommission. „Fit für 55“: Rat und Parlament erzielen vorläufige Einigung zum Emissionshandelssystem der EU und zum Klima-Sozialfonds. Pressemitteilung vom 18. Dezember 2022

7) Sachverständigenrat für Umweltfragen 2022.
(siehe zur Übersicht Abbildung 2 und 4, Tabelle 1)

Unterstützer*innen

Ulrich Martini (KV München), Martin Wiesbeck (KV München), sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.

L 1NEU

Antrag zum Schwerpunktthema

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen:

Titel: **Sicher, nachhaltig, erneuerbar – Münchens Energieversorgung auf neue Beine**

Antragstext

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Russlands Präsident Putin einen Krieg in Europa und damit unermessliches Leid für die Menschen in der Ukraine und eine Bedrohung für die weltweite Ernährungssicherheit und die europäische Sicherheitsordnung gebracht. Er bringt aber auch große Herausforderungen für unsere Energieversorgung in München, dem Freistaat und der Republik mit sich.

Die bayerische Staatsregierung und die Vorgängerregierungen der Bundesrepublik forcierten die Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern. Insbesondere was russisches Gas angeht, wurde Putin von den CSU-Regierungen der letzten Jahr(zehnt)e hofiert und ihm damit ein Instrument an die Hand gegeben, um direkten Einfluss auf unsere bayerische und münchnerische Versorgungssicherheit, unseren Wohlstand und unsere Wirtschaft zu nehmen.

Durch die Abschaltung der Gaslieferungen via Nord-Stream 1 und die vorangegangenen willkürlichen Drosselungen hat Russland einen Wirtschaftskrieg mit Europa begonnen.

Die Bundesregierung und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima unter grüner Führung hat im vergangenen Jahr jede Anstrengung unternommen, die Bundesrepublik nicht nur aus der energiepolitischen Abhängigkeit Russlands zu

befreien, sondern die fossile Abhängigkeit unserer Gesellschaft zu überwinden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima hat es binnen kürzester Zeit geschafft, trotz der großen energie- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, die Energieversorgung für diesen Winter sicherzustellen.

Auch in München tragen wir Grüne unseren Teil bei und übernehmen die Verantwortung für eine sichere und nachhaltige Energiewende, die so schnell wie möglich auf Abstand zu fossilen Energieträgern geht und sich von der russischen Abhängigkeit löst.

Dabei setzen wir Grüne – wie schon vor der Krise – mit aller Kraft auf Einsparung, Energieeffizienz und den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien sowie den Bau von Stromspeichern.

Nachhaltiger Strom – Nachhaltige Wärme

Wir begrüßen die Pläne der Stadtwerke, bis 2025 den gesamten Stromverbrauch für München aus erneuerbaren Quellen zu decken. Die Stadtwerke setzen dabei auf Wind- und Solarprojekte in ganz Europa. Zusätzlich wollen wir dafür sorgen, dass ein möglichst großer Anteil erneuerbaren Stroms und Wärme in München und der Region selbst erzeugt wird. Unser Ziel ist die reale Klimaneutralität Münchens, nicht nur eine rechnerische auf dem Papier.

Auch wenn das Potenzial für die Erzeugung erneuerbarer Energie im Strom-Sektor im städtischen Raum weit hinter dem des Wärme-Sektors liegt, sind auch hier verstärkte Anstrengungen nötig, um dieses auszuschöpfen. Der jährliche PV-Ausbau ist in München bereits stark gestiegen, muss aber noch deutlich zunehmen. Wir erhöhen das Ziel für den Zubau daher schrittweise von aktuell jährlich 15 MW auf 30 MW und schließlich 60 MW. Die Stadtwerke München fordern wir auf, ihrer Rolle als größter Energieversorger in München gerecht zu werden und mindestens die Hälfte dieses Zubaus zu leisten. Wir begrüßen außerdem, dass die Rathaus-Koalition eine PV-Dachagentur ins Leben gerufen hat, die ein Scharnier zwischen Dachflächen-Eigentümer*innen einerseits und PV-Betreiber*innen andererseits bildet. Vor allem braucht es aber endlich ein bayerisches Gesetz für eine PV-Pflicht auf Dächern wie beispielsweise in Baden-Württemberg.

Bürgerenergiegemeinschaften, die erneuerbare Energie lokal erzeugen, bereitstellen und speichern sollen stärker unterstützt werden.

Die Mammutaufgabe im Energiebereich liegt bei der Wärmewende. Unser Leitbild dafür sind die in der Studie „Klimaneutrale Wärme 2035“ aufgezeigten Lösungspfade zur Ermöglichung der perspektivischen grünen Fernwärme in München,

wenngleich diese in einigen Jahren auf ein noch ambitionierteres Vorgehen überprüft werden müssen.

Wir unterstützen daher die bereits von den SWM begonnene Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes durch die Erschließung neuer Standorte der Tiefengeothermie. Auch wenn die Flächen in München knapp sind, sprechen wir uns unter jeweiliger Abwägung der Rahmenbedingungen für neue Geothermie-Heizwerke im Stadtgebiet aus. Für den Ausbau neuer „Fernwärme-Übertragungsleitungen“ zu Anlagen südlich von München und die Umstellung des Fernwärmenetzes von Dampf auf Heißwasser streben wir genehmigungsrechtliche Beschleunigungen an. Gleichzeitig fordern wir die SWM auf, ihre bisherigen Anstrengungen zu intensivieren.

Sowohl um eine mögliche Lücke im Gasbedarf eines CO2-neutralen Fernwärmenetzes zu schließen als auch für die industrielle Nutzung, wird es voraussichtlich einen Bedarf für Grünen Wasserstoff in München geben. Hier ist der Freistaat gefragt, möglichst zeitnah eine tragfähige Netzstruktur zu errichten, die den Wasserstoff-Transport aus Norddeutschland ermöglicht.

Den Anschluss neuer Stadtgebiete an die Fernwärme werden wir entsprechend der Studie vorantreiben. Im Rahmen der Kommunalen Wärmeplanung soll dabei jeweils gebäudescharf die bestmögliche Art der Energieversorgung ermittelt werden. In den Fernwärmeversorgungsgebieten ist das in der Regel der Anschluss an diese. Wir begrüßen daher, dass die SWM ein Förderprogramm für Hausanschlüsse von 10 Millionen Euro aufgelegt haben. Ist ein Fernwärmeanschluss nicht sinnvoll, setzen wir im staatlichen und städtischen Gebäudebestand und -neubau ausschließlich auf dezentrale erneuerbare Wärmeversorgung wie Luft- und Grundwasserwärmepumpen oder Solarthermie. Im privaten Gebäudebestand bedarf es einer Mischung aus Förderung wie der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) oder dem städtischen Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude (FKG), aber auch regulatorischer Maßnahmen wie einem Verbot monovalenter Gaskessel.

Die in München vor kurzem unter grün-rosa Federführung beschlossene kommunale Wärmeplanung ist ein großer Schritt nach vorne im Bereich der nachhaltigen und sicheren Wärmeversorgung. Die ersten Projekte und Studien werden im Frühjahr dem Stadtrat vorgelegt.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Landeshauptstadt Beschränkungen für bestimmte Brennstoffe oder Anlagen aus Klimaschutzgründen ausspricht. Die vom Referat für Klima und Umwelt in Auftrag gegebene Studie soll hierbei schnelle Ergebnisse und Handlungsmöglichkeiten liefern. Die Stadtratsfraktion ist angehalten hier ein beschleunigtes Verfahren anzustoßen.

Grün im Bau – Grün im Umbau

Neben der Umstellung der Energieerzeugung auf Erneuerbare Energien, liegt im Gebäudesektor das zentrale Aufgabenfeld für das Gelingen der Energiewende in München. Neue Gebäude müssen möglichst klimaneutral gebaut werden, sowohl was die genutzten Baumaterialien als auch den anschließenden Energiebedarf betrifft. Die Stadt verfolgt mit Konsequenz den beschlossenen Weg zur Klimaneutralität auch im Bausektor. Das erfordert einen klaren Fokus auf den Holz- und Holzhybridbau bei allen Städtischen Bauten, um die Stadt München als Vorreiterin auch im mehrgeschossigen Holzbau und Holzhybridbau auch bei Schulen und Verwaltungsgebäuden zu etablieren. Für Gebäude mit geringer Geschossigkeit ist die Holzbauweise bereits seit 2019 als Standard vorgegeben.
Vor allem aber muss der Gebäudebestand weit schneller und auf einen höheren Energiestandard saniert werden als bisher, um die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Die Grün-Rote Rathauskoalition hat hier bereits wegweisende Beschlüsse getroffen. Wohngebäude im städtischen Einflussgebiet werden künftig mindestens im Effizienzhausstandard (EH) 40 oder 40+ errichtet, bestehende Wohngebäude in EH 55 saniert. Mit dem Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude (FKG) hat die Koalition 130 Millionen Euro zur Abfederung zusätzlicher Investitionskosten zur Verfügung gestellt.

Nun gilt es die Sanierungsrate, die im Schnitt in München derzeit bei 1% liegt, deutlich zu steigern. Die Stadt und die städtischen Tochtergesellschaften fordern wir auf, hier deutlich mehr Anstrengungen zu unternehmen als bisher. Den Wohnungsbaugesellschaften müssen dafür als städtischem Akteur zusätzlich zum Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Sanierungen finanziell zu ermöglichen. Darüber hinaus gilt es den Quartiersansatz möglichst zeitnah von aktuell einigen wenigen Piloten auf große Teile des Stadtgebietes zu skalieren, um möglichst viele private Akteure für Sanierungen zu gewinnen.

Damit auch bei möglichst allen Neubauten eine Energieberatung stattfindet, setzen wir Grüne uns dafür ein, dass die Lokalbaukommission verstärkt in der Öffentlichkeits- und Beratungsarbeit auf die Energieberatung bei Wohn- aber auch Nichtwohngebäuden z.B. durch automatische Hinweisschreiben oder Links in allen Antwortschreiben auf die entsprechenden Angebote der Stadt und anderer Institutionen hinweist.

Wenn private und staatliche Akteure sich dazu entscheiden, eine Solaranlage bauen zu wollen, sollten sie daran nicht gehindert werden. Daher fordern wir vom

Freistaat eine schnelle und klare Regelung für eine möglichst weitgehende Freigabe der Nutzung auch von Dächern im Denkmal- und Ensembleschutz, die auf Druck unserer Bürgermeisterin und der Grünen im Landtag bereits angeschoben wurde. Ergänzend dazu müssen Fördermittel im Denkmalschutz zur Erfüllung von besonders gestalterischen Anforderungen bereitgestellt und auch dezidierte Öffentlichkeitsarbeit gemacht oder bspw. Preise für die besten denkmalverträglich umgesetzten Lösungen ausgeschrieben werden.

Gebäude verbrauchen nicht nur Energie in der Nutzung, sondern auch in Herstellung und Abbruch. Daher müssen alle Bauteile eines Gebäudes möglichst durchgehend im Kreislauf betrachtet werden, wie es z.B. durch Materialpässe oder Materialdatenbanken möglich ist, die daher für alle Bauvorhaben zum Standard werden müssen. Nur so wird der gesamte ökologische Fußabdruck eines Gebäudes auch sichtbar.

Für die besondere Förderung von nachwachsenden Rohstoffen mit Schwerpunkt Holz hat die Stadt München in Zusammenarbeit mit Universitäten ein Berechnungsverfahren entwickelt was Beispielhaft ist und bayern- oder auch bundesweit eingesetzt werden kann.

Wir wollen und brauchen mehr Zug bei den wirklich energetisch sinnvollen Sanierungen, aber keine versteckten Luxussanierungen, die Mieter*innen verdrängen. Daher soll die Duldungspflicht für die Umsetzung von nicht-energetischen Modernisierungen der Mieter*innen stark beschränkt oder am besten ganz abgeschafft werden.

Energiewende vorantreiben und soziale Härten abfedern

Die Energiewende ist auch in und für München und seine Bürger*innen der schnellste und sicherste Weg nicht nur eine ausreichende, sondern auch wirtschaftlich nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen. Denn erneuerbare Energien bieten eine Versorgung, die deutlich weniger abhängig von anderen Staaten ist und auch flexibler einsetzbar.

Für die Zwischenzeit ist aber auch klar, dass soziale Härten abgefedert werden müssen.

Wir Grüne stehen für eine sozialökologische Transformation, die den Klimaschutz vorantreibt und soziale Härten ausgleicht. Daher begrüßen wir die Errichtung des Energiekostenfonds in München, der bei Härtefällen betroffenen Münchner*innen

unter die Arme greift und finanziell unterstützt. Wir unterstützen auch die freiwilligen Leistungen, die die Landeshauptstadt unternimmt, um soziale Härten abzufedern, wie der Stromkostenzuschuss oder auch die Schuldenübernahme beim Energieversorger.

Effizienz und Sparen – Gut über den Winter und die nächsten Jahre

Auch wenn die Münchner*innen sowie Münchner Unternehmen bereits einen großen Beitrag bei der Energieeinsparung leisten, müssen wir für die Zukunft noch besser werden. Daher möchten wir diejenigen, die es schwerer haben zu sparen, bzw. zu wenige Informationen besitzen, unterstützen. Wir fordern daher, dass allen Münchner*innen ein im besten Falle mehrsprachiges Informationsblatt mit Hinweisen zum Energiesparen und Angeboten zur Energieberatung für die Senkung des Eigenverbrauchs zugeleitet wird. Die unter grüner Federführung eingerichtete Energiesparprämie der Stadtwerke München ist ein richtiger und wichtiger Anreiz. Denn angesichts der Klimakrise und der Energiesituation müssen wir auch aktiv zum Energiesparen ermuntern.

Insbesondere im eigenen Einflussbereich muss die Landeshauptstadt München mit gutem Beispiel vorangehen. Dass die Umrüstung auf LED im Straßenraum bereits im zweiten Austauschprogramm umgesetzt wird, begrüßen wir. Nichts desto trotz muss nun auch der städtische Gebäudebestand zeitnah nachgerüstet werden. Wir fordern, dass dies in den Zeiten der Energiekrise priorisiert und beschleunigt wird.

Außerdem sollen die Vor-Ort-Begehungen der Verwaltungsgebäude intensiviert werden, um kurzfristige individuelle Einsparpotentiale zu ermöglichen. Dazu gehören unter anderem die Optimierung von Betriebszeiten, die Abstimmung der technischen Anlagen oder ein Pumpentausch, wo möglich.

Weiter werden wir im Rathaus darauf hinwirken, zu prüfen, welchen Energieverbrauch die Münchner Kläranlagen haben – laut dem Energieatlas Bayern gehen 25% bis 50% der kommunalen Stromrechnung zu Lasten des Kläranlagenbetriebs. Sie sind in Bayern oft „der größte Einzelverbraucher vor Schulen, Verwaltungsgebäuden und der Straßenbeleuchtung“. Die Fraktion wird dazu aufgefordert zu prüfen, ob die im Energieatlas Bayern festgehaltenen Werte auch für die Landeshauptstadt München zutreffen, inwiefern der Anlagenbetrieb effizienter gestaltet werden kann und Projekte wie die Abwasserwärmenutzung ausgebaut werden können oder eine anzudenkende Nutzung von Klärschlammpyrolyse in München möglich wären.

ST-D 1

Antrag zum Schwerpunktthema

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: Thorsten Kellermann (KV München)

Titel: **Weiterentwicklung des Münchner Stromnetzes hin zu dezentralen Netzen und Smart Grids**

Antragstext

Der Stadtparteitag der Grünen München fordert die Stadtratsfraktion Grüne/Rosa Liste auf folgende Schritte zur Weiterentwicklung von SmartGrids (intelligente Stromnetze) und dezentraler Energieversorgung prüfen zu lassen. Ein Prüfung ist aktuell sinnvoll, da das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) gerade die Voraussetzung zur Nutzung dieser Technologien verbessert, es aber einige Jahre zur Planung und Umsetzung braucht.

1. Flexibilität der Stromversorgung

    1. Bestehende und zukünftigen Verteilernetze sollen derart ausgebaut werden, dass sie von Akteur*innen je nach Bedarf genutzt werden können. Es soll geprüft werden, ob die Stromnetze der Stadt ausreichend leistungsfähig sind, um nach Belieben aus Photovoltaik (PV) Anlagen oder Speichersystemen Strom in das Netz einzuspeisen. Zudem ist festzustellen, wie Netze ausgebaut werden müssen, um die Nutzung von Speichern wie E-Autos zu ermöglichen.
    2. Um in dezentralen Netzen Stromengpässe zu vermeiden, sollen folgende Punkte beachtet werden:

        1. Ausbau dezentraler Speicherkapazität: Trafostationen sind bereits dezentrale Stromverteilpunkte. Es soll geprüft werden, ob Trafostationen derart erweitert werden können, dass sie als

Standort für lokale Energiespeicher zur Speicherung und Verteilung des PV Stroms der angebundenen Hauhalte dienen können, um lokal erzeugten Strom besser zu nutzen.
2. Es soll geprüft werden, inwieweit der Transport zwischen Erzeuger und Verbraucher verkürzt werden kann, um die Grundvoraussetzungen für die Dezentralisierung der Stromversorgung zu verbessern.
3. Es soll geprüft werden, welche Maßnahmen zur Cybersicherheit ergriffen werden müssen, um Smart Grid Systeme vor digitalen Angriffen zu schützen.

2. Prosuming voranbringen:
   Dezentralisierung der Energieversorgung setzt ein hohes Bürger*innen Engagement voraus. Daher soll geprüft werden welche weiteren Konzepte es gibt, Bürger*innen zu motivieren, sich am Ausbau erneuerbarer Energien zu beteiligen.

   1. Wichtig ist die weitere Förderung von Wohn- oder Gewerbequartierskonzepten zur Erzeugung lokalen Stroms.
   2. Die Anbindung von größeren Wärmepumpen bei Prosumern (Nahwärmenetze)
   3. Anreize für Mieterstromprojekte
   4. Anmeldeprozesse im Bereich Niederspannung vereinfachen

Begründung

Die Energiewende hat viele Standbeine. Die Dezentralisierung von Energienetzen und die damit nötige Optimierung der Steuerung durch Smart Grid Technologien soll dazu beitragen, die benötigte Menge an Großkraftwerken zu reduzieren und die Partizipation der Menschen an der Energieversorgung zu erhöhen. Die Auswirkungen auf den Klimaschutz sind erheblich. Je nach Art der Berechnung kann durch eine weitestgehende Dezentralisierung die Grundlast der Stromversorgung auf 16% des insgesamt erzeugten Stromes reduziert werden. Damit müssten erheblich Mengen Strom erst gar nicht produziert werden, da Verluste minimiert werden.
Der Ausbau solcher Technologien in einer Stadt wie München braucht Zeit. Zudem werden wichtige rechtliche Voraussetzungen durch das BMWK erst geschaffen. Deshalb ist es nötig, jetzt nach der Smart-Meter (digitale und dezentrale Energiemessung) Initiative der Stadtwerke, die nächsten Schritte zum Ausbau dieser Technologien zu evaluieren.

Quellen:

- Digitalisierung und die Transformation des urbanen Akteursgefüges – Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung https://d-nb.info/1132066166/34

- Mieterstrom: https://de.wikipedia.org/wiki/Mieterstrom

- SmartGrid: https://de.wikipedia.org/wiki/Intelligentes_Stromnetz

Unterstützer*innen

Ines Allinger (KV München), Anna Weyand (KV München), Christopher Stark (KV München), Oliver Haas (KV München), Alexandra Myhsok (BV Bundesverband), Saskia Kiehling (KV München), Gisela Kainz (KV München), Stefan Winter (KV München), Martin Züchner (KV München), Julian Georgi (KV München), Herbert Weber (KV München), Frank Dürsch (KV München), Martin Jobst (KV München)

ST1

Antrag zum Schwerpunktthema

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: Herbert Danner (KV München)

Titel: **Geothermieausbau als Teil der Energiewende in München**

Antragstext

Antrag:
Die Münchner GRÜNEN fordern die GRÜN-ROSA Stadtratsfraktion auf, sich im Bündnis mit der SPD, in den Fachausschüssen, im Stadtratsplenum und insbesondere in den weiteren Diskussionen mit den SWM und im SWM-Aufsichtsrat zur nachhaltigen und umweltfreundlichen Energieversorgung wie folgt einzusetzen:
Alle geplanten urban geprägten Neubaugebiete im Nahbereich der bestehenden ersten Münchner Geothermieanlage in der Messestadt (insgesamt weisen sie bis zu 8.000 geplante Wohneinheiten auf) sollen durch die Tiefengeothermie mit Wärmeenergie versorgt werden. Zumindest ist ein aktualisiertes Gutachten in Auftrag zu geben, das die dramatischen Veränderungen in der bundesweiten Energieversorgung seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 und die aktuellen energiepolitischen Zielsetzungen einer CO^2-freien Energieversorgung gleichermaßen berücksichtigt.
Die Münchner GRÜNEN fordern:
1.) Die Möglichkeiten des Anschlusses an das Geothermie-Nahwärmenetz sämtlicher Neubaugebiete nördlich der Bahnlinie München - Rosenheim plus der beabsichtigten Neubauten aus der Rahmenplanung Wasserburger Landstraße erneut und ernsthaft zu prüfen.
2.) In diesen Prüfungsprozess sind auch das Referat für Klimaschutz und Umwelt sowie das Planungsreferat mit einzubinden.
3.) Mit Verweis auf die städtischen und bundesdeutschen Klimaziele ist auch der Münchner Stadtrat mit diesem Vorgang beschlussmäßig zu befassen, denn die

umweltfreundliche Wärmeenergieversorgung neuer Baugebiete ist wesentlicher Bestandteil zur Erreichung der Münchner Klimaziele.
4.) Die ernsthafte Prüfung weiterer Bohrungen am bisherigen Standort im Riemer Park (Förder- und Schluckbrunnen) um die derzeitige Leistung von derzeit 10 MW auf 20 oder 30 MW zu steigern, wenn erforderlich. Zum Vergleich: die neue Geothermieanlage am Kraftwerkstandort München Süd mit je 3 Förder- und Schluckbrunnen hat 50 MW Gesamtleistung.

Begründung

Seit Jahren bemüht sich die GRÜNE Fraktion im Bezirksausschuss 15 Trudering-Riem um eine zukunftsfähige Geothermieversorgung aller im 15. Stadtbezirk geplanten Neubaugebiete mit bis zu 8.000 WE mit einstimmiger Unterstützung aller BA-Fraktionen. Es gelingt uns aber bislang nicht, die SWM zu einem klaren Bekenntnis für den Geothermieausbau im Münchner Osten zu bewegen, trotz ständiger SWM-Absichtserklärungen, die Geothermie in München weiter auszubauen. Stattdessen schreibt das städtische Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) gemeinsam mit den SWM zum wiederholten Male, zuletzt am 17. November 2022 an den BA 15:

Die vorab genannten Planungsgebiete (Rappenweg und Heltauer Straße in Kirchtrudering, städtische Flächen in Gronsdorf, sowie Rahmenplanung Wasserburger Landstraße) *sind in diesem Gutachten* (aus 2020) *nicht als Fernwärmegebiete ausgewiesen. Dies entspricht auch dem Planungsstand der SWM, denn die genannten Gebiete sind in Anbetracht ihrer relativ geringen Anschlusswerte zu weit entfernt vom bestehenden Wärmenetz der Messestadt Riem. Eine effiziente und ökologisch sinnvolle Fernwärmeerschließung zu marktgerechten Anschlusspreisen ist aus diesem Grund derzeit nicht ersichtlich. Hier kommen ökologische dezentrale (Nahwärme)Lösungen in Frage, welche die SWM gerne untersuchen und anbieten können.*

Diese Strategie widerspricht den energiepolitischen Zielsetzungen der Münchner, bayerischen und Bundes-GRÜNEN. Die Geothermieanlage in der Messestadt ist ein beispielloses Erfolgsprojekt für ganz München und Bayern und hat hier am Stadtrand noch erhebliches Potential, insbesondere durch die geplanten neuen (Wohn-)Baugebiete.

Lediglich eines der Neubaugebiete – 5. Bauabschnitt Messestadt/Arrondierung Kirchtrudering mit bis zu 2.500 Wohneinheiten – soll laut RAW und SWM einen Anschluss an das Messe-städter Geothermienetz erhalten, wenngleich unter dem Vorbehalt des Energieversorgungs-Monopols im Wärmebereich.

Unverständlich ist uns dagegen die Aussage, dass die zusätzlichen Neubaugebiete (Bebauungsplangebiete Rappenweg, Heltauerstraße, städtische Flächen in Gronsdorf, sowie Rahmenplanung Wasserburger Landstraße) größtenteils in unmittelbarer Nähe des Riemer Parks/des bestehenden Geothermie-Nahwärmenetzes nicht mit SWM-Tiefengeothermie versorgt werden sollen. Der Bau von ca. 5.500 Wohneinheiten, mehreren Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie Gebäuden zur Umstrukturierung des bestehenden Gewerbe-gebiets ist für uns ein schlagkräftiges Argument, zumindest

eine neue Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben oder in eine vertiefte Planung einzusteigen. Die Argumente von SWM und RAW gegen eine Geothermie-Erschließung – zu weite Wege und zu geringe Bebauungsdichten / Anschlusswerte können so nicht akzeptiert werden, wenn gleichzeitig im Münchner Umland in den letzten Jahren zahlreiche Geothermieanlagen errichtet wurden und betrieben werden, bei deutlich geringeren Bebauungsdichten mit teilweise deutlich weiteren Entfernungen, u. a. auch in Kooperation mit den SWM. Als Beispiel sind hier genannt die Gemeinden Pullach, Grünwald, Sauerlach, Unterhaching, Kirchstockach – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Nordöstlich der Messestadt planen die Gemeinden Kirchheim, Aschheim und Feldkirchen ein neues Tiefengeothermie-Projekt.

Einer Pressemitteilung des Landratsamtes München vom 5.5.2020 ist zu entnehmen: Die SWM setzen südlich von München einen weiteren Baustein für die Energiewende: An der Geothermieanlage Kirchstockach wird eine Fernwärmestation zur Wärmeauskopplung errichtet. Bekanntermaßen liegt Kirchstockach mindestens 5 Km südlich der Münchner Stadtgrenze und weit ab vom verdichteten Siedlungsraum. Lediglich einzelne Gewerbebauten sind in der Nähe.

Warum also kein weiterer Geothermieausbau im Münchner Osten?

Unterstützer*innen

Sven Thorspecken (KV München), Eva Döring (KV München), Michael Seyfried (KV München), Felix Brandl (KV München), Roland Barfus (KV München), Erik Müller (KV München), Eva Egartner (KV München), Rolf Kersten (KV München), Stefan Lehner (KV München), Irina Freihart (KV München), Harald Rank (KV München), Manuel Weiß (KV München), Josef Ganslmeier (KV München), Christoph Heidenhain (KV München), Ruth Pouvreau (KV München), Susanne Weiß (KV München), Thorsten Kellermann (KV München), Dardan Kolic (KV München), Sanne Kurz (KV München), Herbert Weber (KV München), Frank Dürsch (KV München), Benoît Blaser (KV München), Nina Glatzer (KV München)

ST2NEU

Antrag zum Schwerpunktthema

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen:

Titel: **Einführung einer bayernweiten Solardachpflicht**

Antragstext

Die Stadtversammlung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN München beschließt folgende Forderungen für den umfassenden Ausbau der Photovoltaik in Bayern und fordert alle Münchner Amts- und Mandatsträger*innen auf, sich für die Umsetzung dieser Forderungen einzusetzen:

1. Eine bayernweite Solardachpflicht für alle Neubauten und bei grundlegenden Dachsanierungen. Ausnahmen können in Einzelfällen nach sorgfältiger Prüfung erteilt werden. Gründe für eine Ausnahme können der Denkmalschutz, oder die Lage des Gebäudes sein.

2. Perspektivisch sollen alle verfügbaren und aufgrund ihrer Lage und Statik geeigneten Dächer mit Photovoltaik und Solarthermie ausgestattet werden.

3. Den priorisierten und schnellen Ausbau von Photovoltaik und Solartermie auf allen geeigneten staatlichen und kommunalen Dachflächen.

4. Den schnellen und priorisierten Ausbau der regionalen Verteilnetze.

5. Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung des Eigenverbrauchs des selbst erzeugten Stroms vor allem im ländlichen Raum.

6. In begründeten Ausnahmefällen (z.B. solare Nahwärmeversorgung oder Prozesswärmeerzeugung) kann die Solarpflicht auch ganz oder teilweise durch den Bau einer thermischen Solaranlage erfüllt werden.

Begründung

Die bayerische Landesregierung erkennt in der Problembeschreibung der Novelle des Klimaschutzgesetzes an, dass der menschengemachte Klimawandel eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist. Die Konsequenzen, die daraus gezogen werden sind jedoch unzureichend.

Die geplante Soladachpflicht umfasst lediglich Gebäude, die Eigentum des Freistaats Bayern sind. Zusätzlich soll sie noch für Neubauten von Nichtwohngebäuden gelten. Trotz dieser überschaubaren Anzahl von Gebäuden, die von der Solardachpflicht betroffen wären, bietet der Gesetzentwurf zahlreiche Ausnahmen.

Sollte die Solardachpflicht dennoch greifen, so gilt sie nicht für die gesamte Dachfläche. Laut Gesetzentwurf ist es ausreichend ein Drittel der geeigneten Dachfläche (Dachfläche abzüglich Fläche für Belichtung, Be- und Entlüftung) für Photovoltaikanlagen bereitzustellen.

All diese Ausnahmeregelungen werden nicht dazu führen, den Herausforderungen der sich anbahnenden Klimakatastrophe gerecht zu werden. Aus diesem Grund fordern wir eine voll umfassende Solardachpflicht. Neben dem bloßen Ausbauen der Photovoltaikkapazitäten muss sichergestellt werden, dass der dadurch produzierte Strom auch genutzt und verteilt werden kann. Aus diesem Grund sollen mit der Installation von Photovoltaikanlagen auf Gebäudedächern auch Maßnahmen zur Steigerung des Eigenverbrauchs ergriffen werden. Dazu können kleine Speicheranlagen, ein Energiemanagementsystem und/oder eine angepasste Orientierung der PV Module verwendet werden. All diese Maßnahmen sollen die Netze entlasten, um so mehr Kapazitäten für den Ausbau von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen zu schaffen.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordert die Münchner Stadtregierung auf sich bei der bayerischen Staatsregierung für eine allgemeine, landesweite Solarpflicht einzusetzen. Diese soll alle Gebäude umfassen. Ausnahmen können in Einzelfällen nach sorgfältiger Prüfung erteilt werden. Gründe für eine Ausnahme können der Denkmalschutz, oder die Lage des Gebäudes sein. Außerdem soll die Stadt München sich bei der Staatsregierung für eine Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung des Eigenverbrauchs des selbst erzeugten Stroms stark machen.